

## LIBERAL BETRACHTET

VON GEORG VETTER



## Zuerst die Intelligenz, dann die Masse

Die Türken setzten zu sehr auf PR und zu wenig auf Qualität. Darin liegt auch ein Grund für die ungepflegte Feindschaft zwischen ÖVP und WKStA.

Nach meinem Ausscheiden aus der Politik habe ich mich öfter gefragt, was der liebe Gott mit mir vorhat. 2017 wurde die ÖVP stimmenstärkste Partei, weil da jemand wusste, dass zur Demokratie auch das Gewinnen von Wahlen gehört. Der Himmel schien auf der bürgerlichen Seite voller Geigen zu hängen. Endlich gab es eine Regierung mit einem modernen Programm, das eine umfangreiche Verwaltungs-, Steuer- und Demokratiereform vorsah und von einer deutlichen Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung goutiert wurde. Die Oppositionsparteien taten sich schwer und verloren allesamt ihre Parteivorsitzenden.

Bald kam allerdings Sand ins Getriebe der Kurz-Strache-Regierung. Wichtige Vorhaben schob man an das vermeintliche Ende der Legislaturperiode, sogenannte Leuchtturmprojekte hat der Verfassungsgerichtshof gehoben.

Genau genommen mangelte es von vornherein an einem tatkräftigen Umsetzungswillen. Das Wort Pensionsreform haben die Türken gar nicht in den Mund genommen. Diese Problematik, die gerade einer jugendlichen Regierungsmannschaft eine Herzensangelegenheit hätte sein müssen, war ein zu heißes Eisen. Unter keinen Umständen wollte sich die neue Regierung dem Vorwurf der sozialen Kälte aussetzen. Auch bei den Kurz-Leuten setzte sich zunehmend das Verständnis durch, dass die Politik eine Art karitativer Tätigkeit mit den Zwangsmitteln des Staates sei.

Als in Frankreich die Gelbwesten von der Straße aus den Takt vorzugeben begannen, verließ die türkis-blaue Regierung gänzlich der Mut. Die Tyrannei des Status quo ergriff das Duo Kurz-Strache. Im Ergebnis erbrachten sie den Beweis, dass man auch mit einem ausgezeichneten Programm miserable Politik machen kann.

Damit sind wir beim Kapitalfehler des türkisen Projektes: Man setzte nur auf Masse und vernachlässigte die Elite. Boulevard und PR gingen Qualität und Inhalt vor. Man glaubte ohne die Intelligenz regieren zu können und musste letztlich gegen sie regieren – und scheitern. Um langfristig erfolgreich regieren zu können, bedarf es zuerst der Intelligenz und dann der Masse.

Dann kamen Ibiza, die Rückkehr der Grünen und die ungepflegte Feindschaft zwischen ÖVP und WKStA. Diese verfolgt nicht nur mit langem Atem alle, die verdächtig erscheinen. Sie scheint auch, wie zuletzt im Prikraf-Verfahren gegen H.-C. Strache, kaum ein Interesse daran zu haben, den Eindruck einer politischen Justiz zu zerstreuen. Gleichzeitig verfolgt die Staatsanwaltschaft ihr wichtigstes politisches Ziel, das Weisungsfreiheit heißt. Seit Weisungen transparent sind und veröffentlicht werden, sind sie jedoch unbestritten. Das Problem der ÖVP-Justizminister war nicht, dass sie zu viele Weisungen erteilt hätten, sondern zu wenig – Stichwort BVT.

Es folgten Hausdurchsuchungen, Sicherstellungen, Strafverfahren und die gezielte Veröffentlichung sogenannter Chats. Unter den Kollateralschadigten befinden sich mittlerweile nicht nur Glieder der Weisungskette, sondern auch Journalisten.

Mit der Zeit ist mir sohin klar geworden, was sich der liebe Gott 2017 gedacht haben dürfte: Nur nicht anstreifen. So kommentiere ich unbeschwert das politische Geschehen. Ab heute 14-tägig – in dieser Kolumne.

Dr. Georg Vetter (\*1962) ist Anwalt und Präsident des Clubs Unabhängiger Liberaler. Er war Mitglied des Teams Stronach, wechselte 2015 in den Parlamentsklub der ÖVP und schied 2017 endgültig aus dem Nationalrat aus.  
E-Mails an: [debatten@diepresse.com](mailto:debatten@diepresse.com)

WIR BRAUCHEN DRINGEND EINE  
RÄUMLICHE TRENNUNG DER NOTAUFNAHMEN  
VON DEN KRANKENHÄUSERN



## Gesundheitswesen: So gehört es generalsaniert

**Gastkommentar.** Obwohl Österreich viel für Gesundheit ausgibt und das System laufend reformiert, bringt es nicht den gewünschten Effekt.

VON MARIA M. HOFMARCHER-HOLZHACKER

Das Vertrauen in unser Gesundheitswesen ist immer noch hoch. Um seine gute Position nicht einzubüßen und Sparzwang zu mildern, muss es sich aber neu aufstellen. Prognosen gehen davon aus, dass das Wirtschaftswachstum bei hoher Inflation bis Mitte 2024 schwach sein wird. Dadurch kommen die öffentlichen Ausgaben unter Druck. Österreich gibt viel für Gesundheit aus, reformiert laufend, bekommt aber nicht genug raus:

► Die Anzahl der Jahre, die wir in Gesundheit verbringen, stagniert, obwohl sich die Reform 2013 zum Ziel gesetzt, die gesunde Lebenserwartung bis 2032 um zwei Jahre zu erhöhen. Gut, Corona und seine Folgen konnte damals niemand voraussehen. Aber der Gesundheitszustand und Risikofaktoren sind seit langem ungleich verteilt,

wobei es bereits 2019 gegenüber 2014 in wichtigen Bereichen, wie beispielsweise Fettleibigkeit, zu Verschlechterungen kam. Davon sind armutsgefährdete Menschen, insbesondere jene mit Migrationshintergrund, betroffen, darunter viele Kinder und Jugendliche.

► Die Patientenmilliarde der Kasernenfusion 2020 dürfte in die Verwaltung geflossen sein und hat bislang nicht zur Vereinheitlichung der Leistungskataloge geführt. Was blieb, sind gekränkte Krankenkassen, die um Geltung ringen, und zehn Ärztekammern, die in ihrer lokalen Nachbarschaft bleiben wollen mit wenig Ambition, zum gesamtstaatlichen Wohlergehen beizutragen. Gleichzeitig zanken sich die regionalen Kassen mit den Bundesländern über Zuständigkeit und Verantwortungen in der ambulanten Versorgung. Und zwischen Ärztekammer und Apothekerkammer hängt immer ein Schwert statt patientenorientierter Kooperation.

► Die kassenärztliche Versorgung wurde immer mehr ausgetrocknet und das nicht medizinische Gesundheitspersonal nicht auf neue Berufsbilder und zukünftigen Bedarf vorbereitet. Konservative Ausbildungsmodelle im Verbund mit gesundheitsgefährdenden Arbeitszeitmodellen sind noch immer üblich. Die Krankenkassen bleiben fromm bei ihren Modellen der überfüllten Kassenordination, die überwiegend von einem männlichen Arzt geführt wird, der häufig seine ganze Familie im Betrieb kostengünstig beschäftigt.

► Die Bezahlung der Kassenmedizin sieht kleine Preise bei vielen Patienten vor. Innovationen im Honorarsystem sind selten zukunftsorientiert und beschränken sich darauf, Abschläge zu machen, wenn zu viele – technische – Leistungen erbracht werden. Dringend notwendige Zuwendungsmedizin in Verbindung mit besserer Koordination von Patienten ist unbezahlt oder schlecht bezahlt. ►

## PIZZICATO

## King of Kitz

Ein Mann, ein Wort. Oder besser: vier Wörter. „I'll be back“, so verspricht er es seit Jahr und Tag. Und wie er zurückgekommen ist. Er brachte sogar jenes weiße Gold für den Wintertourismus aus Kalifornien in seine alte Heimat mit, das vom Himmel fällt und nicht aus den Schneekanonen künstlich die Pisten bestäubt – und versprühte dabei Hollywood-Glamour mit rustikalem Charme.

Als King of Kitz hielt Arnold Schwarzenegger, umschwärmte von Adepten und Bewunderern wie Andreas Gabalier, in und um Kitzbühel Hof – in Going bei der obligaten Weißwurstparty und in der VIP-Zone im Zielhang. In Steirerjoppe, mit schneeweißem Bart und Hut vereint er zwei Welten in unnachahmlicher Manier: Good Old Austria und Hollywood. Unbezahllbar, wie er die Bergwelt rund um den Wilder Kaiser, die heimische Küche und Hotellerie in den Himmel hob. Wie er Lindsey Vonn, die Ex-Skikönigin aus den USA, herbeiwinkte, um Streif-Matador Aleksander Aamodt Kilde zu gratulieren, das hatte etwas Patriarchales. Perfekte Selfie-PR.

In Vonn fand die „Steirische Eiche“ eine Musterschülerin. Über Nacht hatte sie sich bei Flutlicht und hell erstrahlten Toren wie eine Versuchspilotin vom Hahnenkamm in die Mausefalle gestürzt. Wenn das keine Vorlage ist für ein Nightrace und einen Action-Film à la „Mission Impossible“, Teil 17. Hollywood goes Kitz. (vier)

Reaktionen an: [thomas.vieregge@diepresse.com](mailto:thomas.vieregge@diepresse.com)

## LESERPOST

Leserbriefe bitte an:  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

## Wenn es um alles geht, muss alles erlaubt sein!

„... es geht um den verhassten Kapitalismus“, „Quergeschrieben“ von Christian Ortner, 20. 1., 18. 1. Christian Ortner lässt uns dankenswerterweise in die Gedankenwelt eines „Neuen Öko-Sozialisten“ Einsicht nehmen. Da erahnt man schon allein aus der Wortwahl Düsteres und an der demokratischen Gesinnung dieses Zeitgenossen kann gezweifelt werden.

Offensichtlich haben wir es hier mit einer politischen Religion zu tun, bei welcher der Teufel die Marktwirtschaft ist. Da auf dem Markt durch freiwilligen Tausch die Preise gefunden werden, müssen diese nicht den Vorstellungen der „Neuen Öko-Sozialisten“ ent-

sprechen. Somit muss die Konsumentensouveränität beseitigt und die Güter sowie die erlaubten Tätigkeiten müssen durch ein „wohlmeinendes Kollektiv“ zugeteilt werden. Willkommen in der Kriegswirtschaft oder im totalen Staat! Aber wenn es um alles geht, muss alles erlaubt sein!

Dr. Thomas Opferkuch, 1090 Wien

## Rettet Tempo 100 nicht Menschenleben?

„Die Klimaaktivisten und ihr Fanclub...“, „Quergeschrieben“ von Rosemarie Schwaiger, 18. 1. Tempo 100 wird die Welt nicht retten, meinte Rosemarie Schwaiger über die Klimaaktivisten. Ich stelle mir die Frage anders: Rettet Tempo 100 nicht Menschenleben? Nicht umsonst haben die USA, die Schweiz, aber auch deutsche Bundesländer die Geschwindigkeitsobergrenzen längst herabgesetzt. Pkw, Lkw, Lieferwagen und landwirtschaftliche Fahrzeuge werden permanent breiter. Dagegen verringert sich der Seiten-

abstand zwischen vorbeifahrenden Fahrzeugen. Je höher die Geschwindigkeit, desto mehr steigt die Kollisionsgefahr.

Eine angepasste Geschwindigkeitsobergrenze auf allen Straßen erhöht die Verkehrssicherheit und reduziert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Eigentlich gibt es dazu kein vernünftiges Gegenargument  
Mag. Joachim Brand, 3910 Zwentl

## Unerträglicher Eiertanz um Hitler-Geburtshaus

„Kann man Hitler-Geburtshaus neutralisieren?“, LB von Andreas Maislinger, 17. 1.

Wie unerträglich ist doch der Eiertanz um das Schicksal des Hitler-Geburtshauses in Braunau!

Letzten Sommer habe ich in Berlin das Haus der Wannsee-Konferenz besucht, wo Führungsspitzen der Nazis am 20. Januar 1942 in einer berühmten Konferenz die „Endlösung der Judenfrage“, d. h. die Logistik für die „industrielle“ Vernichtung der Juden, diskutiert und beschlos-

► Der finanzielle Spielraum für das Gesundheitswesen wurde ab 2013 durch einen Kostenpfad begrenzt, der ab 2017 an das Wachstum der Wirtschaftsleistung gekoppelt war. Dies entzog dem Gesundheitswesen dringend notwendige Mittel, brachte für die Konsolidierung der Staatsfinanzen viel, verschärfte aber die Situation der knapp bemessenen Beschäftigten im Gesundheitswesen, die sich mit Bevölkerungswachstum, diversen Bedarfen und Angeboten konfrontiert sehen. Und dann kam Corona. Während die coronabezogenen Ausgaben für Gesundheit hoch waren, hat Gesundheit im Aufbau- und Resilienzplan keine Perspektive.

Die Neuaufstellung hat gleichzeitig auf den Ebenen Finanzausgleich, stationär-ambulante Versorgung, Gesundheitsförderung und Honorarstruktur zu passieren, damit die niederschwellig zugängliche Versorgung zu allen relevanten Berufsgruppen ausgebaut wird. Klar muss sein, dass die Regulatoren und Zahler, unterstützt durch die Politik, die Neuaufstellung orchestrieren. Sie sind zuständig für die Finanzierung und ihre zukunftsorientierte Nachhaltigkeit. Die Wissenschaft, die Kammern und Berufsverbände sind zur Erarbeitung der Zielsetzungen einzubeziehen.

Erstens: Elegant und machbar ist die Straffung der Finanzierung der Krankenanstalten. Ein neuer Finanzausgleich sollte die Realität anerkennen, dass es mit ganz wenigen Ausnahmen keine Gemeindepitaler gibt. Somit sollte den belasteten Gemeinden beigetragen werden. Sie tragen aktuell 1,4 Milliarden Euro zur Krankenanstaltenfinanzierung bei. Der Beitrag der Gemeinden sollte nach strategischen Gesichtspunkten an die Bundesländer ausgeschüttet werden. Er bildet das Kernstück einer abgestuften Reform, die das gesamte Gesundheitssystem umfasst. Die zielorientierte Ausschüttung an die Länder muss ein Hebel sein, die Bundesländer zu mehr Kooperation innerhalb ihres Gesundheitssystems und untereinander zu veranlassen. Dabei ist der wichtigste Bereich der strategische Auf- und Ausbau der Gesundheitsförderung und Prävention

## DIE AUTORIN



**Maria M. Hofmarcher-Holzhaecker** (\* 1958) ist Ökonomin, Gründerin von HS&I (Health System Intelligence) und stellvertretende Vorständin der aha (Austrian Health Academy).

[Beigestellt]

und der abgestuften Versorgung von Menschen außerhalb von Krankenanstalten.

Zweitens: die Optimierung der ambulanten Versorgung. Die Errichtung von „Ambulanztöpfen“, in die die Krankenversicherungen und die Länder ihre Mittel für ambulante Versorgung einzahlen, ist möglich und notwendig. Unter Nutzung koordinierter Pläne und Gremien wie Zielsteuerungskommissionen sollten auf diese Weise die Länder und ihre Gesundheitsfonds und die Krankenversicherung auf Ebene der Bundesländer zusammenarbeiten. Begleitet sollten sie werden durch die Bundesebene, bestehend aus Gesundheits- und Sozialministerium und unterstützt durch das Finanzministerium und den Dachverband der zentralisierten Krankenversicherungsträger. Im Schulterschluss käme diesen Akteuren die Rolle zu, Vorgaben für die Ausschüttung der „Gemeindemittel“ und das Pooling für den „Ambulanztopf“ pro Bundesland zu entwickeln. Ziel muss sein, die ambulante Versorgung zwischen den Spitälern und dem niedergelassenen Bereich abzustimmen und auszubauen. Letztentscheidungen über die „Töpfe“ müssen sich an der Stärke der Mittelaufbringung orientieren und stets die patientenorientierte, niederschwellige Versorgung im Auge haben.

## Frischzellenkur für Ambulanz

Drittens ist eine Reform der Honorarstruktur für die Versorgung durch Krankenkassen dringend erforderlich. Parallel dazu muss die Honorarstruktur für die Kassenmedizin und andere Berufe reformiert werden. Primärversorgung ist durch einen besser ausgewogenen Mix von Fallpauschalen pro Besuch und Einzelleistungen zu finanzieren, um Leistungs- und Qualitätsgespräche und Zuwendung besser zu dotieren; dies sollte auch für nicht medizinisches Gesundheitspersonal gelten. Der Katalog ambulanter Leistungen braucht eine Frischzellenkur und die Unterlegung mit Geldmitteln, die aus den gemeinsamen „Ambulanztöpfen“ kommen sollten.

Bei diesen drei Reformbausteinen muss außerdem eine allgemein zugängliche Arzneimittelversorgung durch Partnerschaften zwischen Staat und Industrie sichergestellt werden. Dazu gehören Forschungs- und Entwicklungspartnerschaften auch auf europäischer Ebene und ein bundesweit standardisierter Arzneimittel-einkauf inklusive Einkaufsgemeinschaften für Spitäler und ambulante Strukturen.

E-Mails an: [debate@diepresse.com](mailto:debate@diepresse.com)

# Das Laster des „Mehr“ und die Tugend des „Weniger“

**Klima-Debatte.** Das „Immer-Mehr“ hat sich offenbar so tief in unsere Gehirne eingepägt, dass man von einem „Weniger“ kaum etwas hört.

VON JOSEF CHRISTIAN AIGNER

Über die Bekämpfung des Klimawandels wird heute viel geredet. Das Handeln aber lässt laut Expertinnen und Experten mehr als zu wünschen übrig. Wirtschaft und Politik vertrauen meist auf technische Erfindungen, mit deren Hilfe man schon noch alles „in den Griff kriegen“ werde. Wer für „System-Change“ statt nur für die Bekämpfung des Klimawandels eintritt, wird dagegen als Demokratiegefährdung von links aufgefasst, wohingegen die schon spürbaren Folgen der Erderwärmung weniger gefährlich erscheinen.

Was aber bei allen Diskussionen immer zu kurz kommt, politisch offenbar nicht opportun ist, ist ein viel einfacherer Aspekt: nämlich die Tugend eines „Weniger“ in vielen Lebensbelangen, die dem selbstdestruktiven Laster des ständigen „Mehr“ und damit der „nachhaltigen“ Ausbeutung und Belastung der Natur entgegengesetzt werden muss.

## Woher die Rohstoffe nehmen?

Was das heißt? Dass beispielsweise niemand das Auto verbieten will, aber kein Weg daran vorbeiführt, es weniger zu nutzen (und Öffis mehr). Denn mit Elektrotechnologie allein kommen wir nicht weiter. So kommen die vom Staat mit Millionen geförderten E-Autos nun langsam in Verruf. Woher nimmt man die Batterie-Rohstoffe und in Massen den Strom, um sie aufzuladen? Während die Industrie Milliarden für die Bewerbung unsinnig motorisierter, schwererer Autos investiert, erhöhen neben dem Lithium- und Kobaltbedarf auch Abrieb und Feinstaubbildung den ökologischen Fußabdruck. Und ist es ethisch verantwortbar, sich diese Rohstoffe durch billige Arbeitskräfte in Entwicklungsländern zu holen und die Umwelt dort zu versauen – während Lithiumvorkommen in Europa (etwa in Kärnten) sofort Anrainerproteste auf den Plan rufen? Auch die Entsorgung der Akkus ist nach wie vor ungeklärt. Insofern ist die E-Auto-Euphorie weitgehend ein teurer Flop! Weniger Autofahren wäre billiger und klimafreundlicher!

Zudem geht es beim Klimaschutz auch um etwas beständig Verleugnetes: dass die „heilige Kuh“ neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftens, das ungebremsete Wachstumsdenken, geschlachtet werden muss – was laut Wirtschaftswissenschaftlern durchaus möglich ist und wofür es Modelle (bis hin zum Minus-Wachstum!) gibt. Das Laster des „Immer-mehr-immer-Mehr“ vom Konsum bis zum Profit hat sich aber offenbar so tief in die Gehirne eingepägt, dass von einem „Weniger“ – das auf bestimmte Weise auch ein Mehr sein kann – so gut wie nichts zu hören ist.

## Ein einfältiges Starren

Hatten wir etwa gehofft, die Einschränkungen durch Corona und Putins Ukraine-Krieg hätten ein qualitativ anderes Denken hervorgebracht (partielle Deglobalisierung, regionale Produktionsweisen, Sicherung der Lieferketten, Energie-Unabhängigkeit...), sehen wir täglich in Medienberichten ein einfältiges Starren auf das rein quantitative Erreichen der Umsätze vor der Pandemie. Und wenn Kriegstreiber Putin uns günstiges Gas verweigert, rennen wir flugs zum nächsten Diktator, um ein solches zu bekommen – Hauptsache, es reduziert die Gewinnspanne nicht. Peinlich?

Aber auch tagesaktuelle Probleme sind durch die Angst vor dem „Weniger“ verursacht: wenn Leute auf immer härterem künstlichen Schnee zum Skifahren animiert werden, obwohl die Verletzungsgefahr in felsigen Sturzräumen ungleich größer ist als auf Schnee, darf man sich nicht wundern, wenn es zu schweren, ja tödlichen Unfällen kommt, wie wir es in Tirol gerade erleben. Für Pistenverantwortliche aber ist ein „Weniger“ in Form von Liftsperrern ein No-Go. Man appelliert an die „Eigenverantwortung“ der Leute. Realistisch?

## DER AUTOR



**Univ.-Prof. Dr. Josef Christian Aigner** (geboren 1953) ist ein österreichischer Bildungswissenschaftler und Psychoanalytiker, ehemals Universität Innsbruck.

[Beigestellt]

Und wenn die Flughäfen jublieren, weil es wieder ein Mehr an Flügen als vor der Pandemie gibt, und die Reisebranche wieder Erfolgsmeldungen wie früher verkündet, dann wird es auch keine Reduktion von Schadstoffen in diesen stark für die Klimakrise verantwortlichen Wirtschaftszweigen geben. Die Liste ließe sich problemlos fortsetzen. Verantwortungsvoll?

## Verdrängung

Neben wachstumsideologisch getriebener Intelligenz scheint auch der psychische Mechanismus der Verdrängung sehr wirksam zu sein: als ob die Bedrohung zwar gespürt, die Fantasie für Alternativen aber zu schwach und die Gier nach „immer mehr“ zu stark sind. Vorschläge zu alternativem Wirtschaften, langlebigen Produkten und Reparaturkultur, zu umweltschonendem Tourismus, zur Kontingenzierung von Flugreisen und mehr werden ungeprüft als idealistische Träumerei bezeichnet. Das Laster des „Immer-Mehr“ scheint hier ungebrochen. Ex-Kanzler Sebastian Kurz lehnte ja einst jegliches „Weniger“ kategorisch ab und beschwor sogar die „Steinzeit“ herauf, würden wir Einschränkungen akzeptieren.

Aber genau um diese Tugend des „Weniger“ ginge es: weniger sinnlose Produktion und Konsumtion, weniger Ausbeutung und Umweltbelastung der südlichen Hemisphäre (und dadurch auch weniger Migration!), weniger Fleischkonsum, weniger Autofahren, weniger Fliegen und Fernreisen, weniger Wegwerfkultur, weniger Gier auf die billigstmöglichen Produktionsstätten, egal wo, usw. Und ja: weniger vom ohnehin oft fragwürdigen herkömmlichen „Wohlstand“ – im Gegensatz zu einem sozialen, gegenüber Mensch und Natur rücksichtsvollen, friedfertigen und vor allem gerechter verteilten „neuen Wohlstand“. Ein solcher – was gern vergessen wird – würde auch weniger beschämende Armut in einem so reichen Land wie unserem bedeuten. Also doch „System-Change“?

E-Mails an: [debate@diepresse.com](mailto:debate@diepresse.com)

sen haben – also alles andere als ein „Ruhmesblatt“ in der deutschen Geschichte. Diese Villa im italienischen Landhausstil wurde Ende der 1980er-Jahre auf Betreiben deutscher Politikerinnen und Politiker in eine Holocaust-Gedenk- und Bildungsstätte umgewandelt. Gerade wenn man aus Österreich kommt, lässt einen der Besuch dieser Villa ziemlich verstört zurück. Warum nützt nicht auch Österreich die Chance, der Welt zu zeigen, dass man aus der jüngeren Geschichte gelernt hat, und setzt in Braunau mit einem „Haus der Verantwortung“ Initiative nach dem Motto „Nie wieder“?

Ein Abriss des Hitler-Geburtshauses (der ja auch schon zur Diskussion stand!) würde Österreich sicher den Vorwurf einbringen, sich damit von seiner unseligen Geschichte ein Stück distanzieren zu wollen; man muss aber damit rechnen, dass auch eine sündteure angebliche „Neutralisierung“ des Hauses ein ähnliches Signal in die Welt senden würde...

DI Peter Steckler, 1050 Wien

## Kirchenaustritte teilweise hausgemacht

Zur *Causa Florian Teichtmeister und zu den Kirchenaustritten*

Ein bekannter Schauspieler wird angeklagt. Über seine Schuld oder Unschuld hat ein ordentliches Gericht zu entscheiden, nicht die Boulevardpresse. Die psychische Befindlichkeit des Angeklagten haben Sachverständige zu klären. Liegt eine Milderung einer eventuellen Schuld vor? Bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung gilt die Unschuldsvermutung – und das soll keine Phrase sein. Es ist geltendes Recht.

Die mich sehr schmerzenden Austritte aus der kath. Kirche sind teilweise hausgemacht. Waren die rigorosen Einschränkungen betreffs des Besuchs während der „Hochblüte“ der Pandemie wirklich notwendig und sinnvoll? Viele fühlten sich ausgesperrt. Meines Erachtens wird das gemeinsame Priestertum aller Getauften noch immer viel zu wenig gelebt. So lehrt etwa das 2. Vaticanum: „Die

geweihten Hirten... sollen die Würde und Verantwortung der Laien in der Kirche anerkennen und fördern... ihnen vertrauensvoll Aufgaben im Dienst der Kirche übertragen und ihnen Freiheit und Raum im Handeln lassen... aus eigener Initiative Werke in Angriff zu nehmen.“ (LG 37)

Dr. Alexander Georg Brenner, Pfarrer in Ruhe, 1200 Wien

## Adelsprädikat oder Teil des Familiennamens?

„Herzog gegen Zahlung...“ von Philipp Aichinger, 18. 1.

Die juristische Frage ist, ob „von“ ein Bestandteil des Namens oder eines Adelsprädikats ist. In Österreich wurde nach Zusammenbruch der Monarchie „von“ als Adelsprädikat bzw. als Bestandteil eines Adelsprädikats per Gesetz etc. verboten, in Deutschland wurde zumindest „von“ als Namensbestandteil gewertet und blieb damit amtlich. Wenn nun aber ein deutscher Staatsangehöriger mit Namen „von XYZ“ die

österreichische Staatsbürgerschaft erlange, konnte und durfte der in Deutschland anerkannte Familienname nicht von Amts wegen „entvont“ werden. Nicht wenige Österreicher adeliger Abstammung sollen sich von ihren gleichnamigen „adeligen“ Verwandten haben adoptieren lassen, um so wieder zu einem „von“ im Familiennamen zu kommen. Die österreichische Staatsbürgerschaft blieb erhalten, und das so erworbene „von“ wurde amtlich. Ich bin kein Jurist, aber so soll es abgelaufen sein.

Dr. Edmund Berndt, 4864 Attsee

## Nur recht und billig

„Netzausbau: Wer trägt die Kosten?“, Gastkommentar von Reinhard Schanda, 20. 1.

Im Informations- und Preisblatt für Systemnutzungstarife, Förderbeiträge, Steuern und Abgaben meines Netzbetreibers EVN-Netz GmbH steht unter dem Punkt „Netzbereitstellungsentgelt“, dass bei erstmaligem Anschluss oder Erhöhung der Anschlussleistung

ein Kostenbeitrag, abhängig von der Netzebene, zu leisten ist. Wenn nun durch den raschen Anschluss hoher Erzeugungsleistungen (große Windparks bzw. Großflächenfotovoltaikanlagen) die Netzkapazitäten massiv ausgebaut werden müssen, ist es wohl nur recht und billig, dass auch die Anschlusswerber dieser Großanlagen ihren gerechten Anteil an diesen Kosten tragen müssen.

Gerhard Mangl, Consultant für erneuerbare Energie, 3107 St. Pölten

## IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media\_wall

Online: [stefanie.kompatscher@diepresse.com](mailto:stefanie.kompatscher@diepresse.com)

E-Mail: [debate@diepresse.com](mailto:debate@diepresse.com)

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

Debatte Online: [diepresse.com/meinung](http://diepresse.com/meinung)

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.